

Kommentar

Von Michael Mackenroth

Bemerkenswert ist folgender Abschnitt aus diesem "Werbetext" von SenStadtUm:

"Die Verordnung stellt einen guten Kompromiss zwischen den Interessen der Sportvereine, der Anwohnerinnen und Anwohner und dem Naturschutz dar. Vorausgegangen war ein intensiver Diskussionsprozess, an dem sich Naturschützer, Sportvereine, Vertreterinnen und Vertreter der Anwohner und die Senatsverwaltung engagiert beteiligt haben."

Es gehört schon etwas Dreistigkeit dazu, gerade diesen Sachverhalt komplett zu verdrehen. De facto gab es bei SenStadtUm dazu genau 3 Termine (und zwar nur für einzelne Vorstände), in denen uns der nahezu immer gleiche VO-Entwurf immer wieder als "alternativlos" vorgestellt wurde. Die nicht Eingeladenen wurden dabei von Frau Profé sogar persönlich wieder aus dem Saal geworfen (darunter auch Parlamentarier). Mit normalen Menschen hat man dort von Anfang an nicht gesprochen. Wenn in diesem Verfahren also bisher etwas überhaupt noch nie passiert ist, dann ist das eben dieser "intensive Diskussionsprozess". Und da genau dieser Input (Beachtung der bestehenden Gegebenheiten vor Ort) den Behörden auch nach wie vor schmerzlich fehlt, gehen die Inhalte halt auch weiterhin völlig an der Realität vorbei.

Und genau so geht es nun leider auch im Stegekonzept des Bezirks weiter: Die von der VO tangierte Thematik zu unseren Inseln wurde von Frau Günther z.B. Ende 2016 in das Stegekonzept des Bezirks "outgesourced". Wir werden aber auch darin nicht eingebunden obwohl das Stegekonzept schon fast fertig ist. Und zwar entgegen aller Versprechungen von Frau Günther, Herrn Tidow und Herrn Igel. Herr Geschanoski sagte vor 2 Wochen dazu sogar, man wolle das Stegkonzept noch 2017 ohne die Inseln durch die BVV bringen und uns Insulaner dann (also auch in dieser Unterlage) erst später nachziehen. Zeitgleich dazu wird jedoch auch dieses "Stegekonzept" weiterhin völlig ungehindert in einem kleinen und inhaltlich völlig einseitig aufgestellten Kreis als "Rückbauunterlage für die UNB" festgeklopft. Auch dort sitzen übrigens wieder die gleichen Vertreter von SenStadtUm.

Warum passiert nichts?

Ich denke kaum ein Politiker macht sich gegenwärtig die Mühe, diese schwierig zu lesenden Verordnungstexte selbst zu prüfen. Die daran beteiligten Obere und Untere Naturschutzbehörde werden es ihnen aber sicher auch nicht wirklich in aller Brisanz erklären wollen, denn sie verfolgen darin ja das Ziel, endlich ihre ureigenen umwelttechnischen Visionen umzusetzen. Die Folge ist also gegenwärtig noch ein reines "Durchregieren der Umweltverbände".

Die Konsequenzen aus der Verordnung/ Stegekonzept werden allerdings spätestens in ca. in 2-3 Jahren für die Menschen hier deutlich erfahrbar werden (z.B. durch Fahrverbote über Bund, unzählige Stegrückbauforderungen über Bezirk, Strafzahlungen über Polizei etc.). Die Folgen sind dabei für viele hart, z.T. auch existenzvernichtend und das wird sich überall rumsprechen. Frau Günther ist dann ggf. schon wieder weg und zurück im Vorstand von WWF. Die tatsächlich Leidtragenden sind dann also ironischer Weise nicht nur wir Betroffenen, sondern insbesondere auch die heutigen Bezirkspolitiker, die dann für die Folgen dieser beiden Unterlagen bei der nächsten Bezirkswahl den Kopf hinhalten müssen. Gerade weil aber diese Zeitschiene bereits heute schon derart klar ist, verstehe ich einfach nicht, wieso die Bezirkspolitik (zumindest doch aus Eigeninteresse) jetzt nicht endlich (in ihren eigenen Behörden) klar und entschieden umsteuert?

Ich bin sicher - keiner der Betroffenen an diesen vielen Seen wird je vergessen, wer sich jetzt tatsächlich ernsthaft für die Menschen hier engagiert! Das überzeugendste Zeichen wäre, wenn die Parteien

fraktionsübergreifend den Neustart (oder zumindest aber eine ausgewogenere Neuausrichtung) beider Verfahren erreichen.